

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tageblatt, Bezirksanzeiger

Wochenblatt, Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Mosses Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. E., Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Fiebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 219

Freitag, den 19. September 1930

82. Jahrgang

## Der Reichswehrminister über die deutsche Wehrmacht

Festes Instrument in der Hand des Reichspräsidenten

Briand bei Curtius — Staatspartei und Demokraten — Die Lebensmittelkrise in Rußland

Bad Nifflingen. Reichswehrminister Groener hatte am Donnerstagabend nach Abschluß der Reichswehrmanöver eine Reihe von Regierungsvertretern, Abgeordneten, Wirtschaftsführern und Pressevertretern in den Prinzregententempel bei Nifflingen Kuranfrage geladen.

Im Verlauf des Abends hielt Reichswehrminister Groener eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte: Die Möglichkeiten, die wir haben, um Rechenschaft von der Arbeit der Wehrmacht abzulegen, sind gering. Ich wünschte, daß wir öfter solche Gelegenheiten geben könnten.

Die schwere Wirtschaftslage des Reiches zwingt aber zu einer Einschränkung der Übungen des Heeres und der Marine auf das Allernotwendigste.

Er habe sich, so erklärte der Reichswehrminister, schon im vorigen Jahre schweren Herzens entschließen müssen, die vorgesehenen Herbstübungen ausfallen zu lassen. Auch in diesem Jahre habe es nur zu einer „Kahnenübung“ gereicht.

Reichswehrminister Groener führte dann weiter aus: Schon diese Beschränktheit unserer Verhältnisse hat ein nur zu klares Bild davon gegeben, bis zu welchem Grade die Abwärtstendenz Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.

Während unsere westlichen Nachbarn in den letzten Wochen zwei große Manöver durchgeführt haben, an denen je etwa 50 000 Mann, also so viel wie die ganze Reichswehr, teilnahmen, während bei dem letzten dieser beiden Manöver, dem in Lothringen, allein vier vollständige Infanterie-, zwei vollständige Kavallerie-Divisionen, mehrere Tankbataillone, fünf Regimente schwerer Artillerie und fünf Fliegerregimenter zum Einsatz kamen, haben Sie bei uns eine einzige Infanterie- und eine Kavallerie-Division, haben Sie Tankabteilungen und Holzgeschütze, haben Sie kein schweres Geschütz und keine Flieger gesehen. Diese Gegenüberstellung strahlt schon alle diejenigen Lügen, die in der deutschen Armee eine Bedrohung für irgendeinen ihrer Nachbarn sehen wollen.

Sie haben gleichzeitig bei dieser Übung sehen können, welche Anforderung die moderne Taktik an Führung und Truppen stellt und welche vielseitige Ausbildung notwendig ist, um heutzutage eine Truppe gefechtsfähig zu machen.

Um so unfinniger ist die im Ausland verbreitete Behauptung, Deutschland könne durch die Heranziehung von Reserven binnen kurzem ein großes Heer aufstellen.

Ebenso lächerlich sei die Annahme, Deutschland könne mit Hilfe ausländischer Stellen seine Rüstungen erweitern. Auf das schärfste, so fuhr der Reichswehrminister fort, weist ich alle diese Gerüchte zurück, die der Reichswehr unterliegen, sie trieben eine besondere Außenpolitik. Diese wird einzig und allein vom Reichskanzler und vom Reichsaußenminister bestimmt.

Die Reichswehr hat sich stets rückhaltlos in die Zusammenhänge der deutschen Politik eingefügt.

Die deutsche Wehrmacht ist es nicht, die den Frieden Europas bedroht. Wir sind abgerüstet und fordern mit dem größten Nachdruck, wie es auch der englische Außenminister in Genf getan hat, daß auch die anderen Staaten der von ihnen feierlich übernommenen Verpflichtung zur Abrüstung endlich nachkommen.

Die schwierige militärpolitische Lage Deutschlands, die in diesen Feststellungen zum Ausdruck kommt, soll uns aber nicht den Blick trüben für die Leistungen unserer Truppe. Sie legen

Zeugnis von der ernsten Arbeit des Heeres ab. Wir streben danach, das kleine Heer, das uns geblieben ist, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten des Versailler Vertrages dazu zu befähigen, die Aufgaben des Landeshutzes zu erfüllen.

Reichswehrminister Groener wies dann auf die vielseitige Berufsarbeit der Reichswehr hin. Die Anerkennung dieser Berufsarbeit komme zum Ausdruck in der verständnisvollen Würdigung durch weite Kreise unseres Volkes, aber auch durch geschäftliche und verkehrswirtschaftliche Kritik von radikaler Seite. Was ist, so erklärte der Reichswehrminister, in den letzten Monaten nicht alles über die Reichswehr zusammengekommen, über diktatorische Generale, politische Unzuverlässigkeit usw. Aber sind nicht diese Angriffe auf die zahlenmäßig kleine Reichswehr eine Befestigung und Anerkennung der wachsenden Bedeutung der Wehrmacht im Staate.

Nachdem der Reichswehrminister den beiden Ministerpräsidenten seinen besonderen Dank für die bereitwillige Hilfe ausgesprochen und in diesen Dank auch die Bevölkerung des Mandatgebietes einbezogen hatte, beendete er seine Ansprache mit den Worten: „Es ist das Ziel meines Strebens und mein inniger Wunsch, daß es gelingen möge, die Wehrmacht vollkommen herauszuheben über den Streit der Parteien. In ihr sind alle Gegensätze durch Selbstzucht und Gehorsam überwunden. Sie ist und will nichts anderes sein, als ein zuverlässiges Werkzeug der Reichsgewalt in der Hand des Reichspräsidenten.“

### Vor neuen deutschen Vorschlägen in der Minderheitenfrage.

Genf. Die Außenminister der Kleinen Entente sind in den letzten Tagen wiederholt zu Besprechungen zusammengetreten, in denen insbesondere zu den angekündigten deutschen Minderheitenanträgen Stellung genommen worden ist. In diesen Besprechungen soll beschlossen worden sein, sich jedes Versuches einer Verringerung des gegenwärtigen Minderheitenverfahrens beim Völkerbund zu widersetzen. Auf deutscher Seite besteht entsprechend den Ankündigungen in der Rede des Außenministers die Absicht, in den Verhandlungen des politischen Ausschusses der Vollversammlung des Völkerbundes eine Reihe praktischer Anträge zu stellen, die sich auf die Verbesserung und den Ausbau des bisherigen Beschwerdeverfahrens und die Weiterentwicklung der Madrider Ratsbeschlüsse beziehen. Man erwartet allgemein, daß der deutsche Vertreter im politischen Ausschuss den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in der Minderheitenfrage noch einmal zum Ausdruck bringen wird.

### Der Kampf um den Minderheitenschutz.

Die Gegner der deutschen Minderheitenanträge.

Der Antrag der deutschen Regierung, die Minderheitenfrage im Politischen Ausschuss der Völkerbundsvollversammlung zur Verhandlung zu stellen, stößt auf starken Widerstand der Regierungen, die sich bisher jeder Erweiterung des Pflichtenkreises des Völkerbundes in der Minderheitenfrage widersetzt haben.

Die Regierungen von Polen, Griechenland, Rumänien, Estland und der Tschechoslowakei haben, wie verlautet, vereinbart, bei den am Freitag beginnenden Minderheitenverhandlungen im Politischen Ausschuss eine geschlossene Front einzunehmen und den Antrag auf Verbesserung der Behandlung der Minderheitenfrage im Völkerbund abzulehnen.

Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß die Völkerbundsvollversammlung sich pflichtgemäß jedes Jahr mit dem Ausbau der Behandlung der Minderheitenangelegenheiten zu befassen hat. Die Anträge der deutschen Abordnung sehen u. a. den Ausbau der bisherigen Beschwerdebehandlung durch den Völkerbund vor, wofür jedoch die von Dr. Stresemann in Madrid behauptete grundsätzliche Frage der Schaffung eines ständigen Minderheiten Ausschusses beim Völkerbund nicht auf.

### Briand bei Curtius

Der französische Außenminister Briand stattete nach einer Meldung Berliner Blätter aus Genf am Donnerstag dem deutschen Außenminister Dr. Curtius einen Gegenbesuch ab. Im Laufe des Gesprächs wurden die auf der diesjährigen Völkerbundstagung behandelten Fragen erörtert, insbesondere die Weiterbehandlung des Paneuropaproblems in dem dafür eingesetzten Studienausschuss. Dabei wurde auch die allgemeine politische Lage besprochen.

### Staatspartei und Demokratie

Unter der Ueberschrift „Der Kampf beginnt“ weist der „Jungdeutsche“ darauf hin, daß ein Teil der Demokraten sich gegen die Staatspartei erklärt und die „Unabhängige demokratische Vereinigung“ gegründet habe. Von dieser Seite sei die Weisung gegeben worden, in der Deutschen Staatspartei Wirkungsmöglichkeiten zu suchen, um den jungdeutschen und volksnationalen Kräften in der Deutschen Staatspartei

entgegenzutreten. Bei der nun beginnenden Organisationsarbeit werde es innerhalb der Deutschen Staatspartei Klärungskämpfe geben müssen. Die Versuche der „Unabhängigen Demokraten“, die Führerstellung Arthur Mahrauns anzugreifen, seien erfolglos. Die Angriffe von dieser Seite nützen unbedingt der Klärung. Die Aktivität der jungen deutschen und volksnationalen Bewegung und die geistige Verbundenheit mit den 48er Demokraten biete genügend Gewähr, daß der der Staatspartei wesensfremde Geist, der sich bei den „Unabhängigen Demokraten“ sammle, recht bald seinen Auszug vollziehe. Es gelte also, überall Klärung zu schaffen und die belastenden Momente zu beseitigen. — In einem anderen Artikel erklärt der „Jungdeutsche“, daß die Demokratische Partei bei einem selbständigen Vorgehen bestimmt nicht einmal die Fraktionsstärke erreicht hätte.

### Die Lebensmittelkrise in Rußland

Kowno, 19. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, besagen die letzten amtlichen Veröffentlichungen, daß die Herbstsaat nach wie vor außerordentlich ungenügend verläuft. In der ersten Hälfte des Septembers sind nur 32 v. H. des Monatsplanes durchgeführt worden, während der Gesamtjahresplan bis zum 10. d. M. nur in einem Umfange von 34 v. H. erfüllt worden ist. Die Behörden wenden den schärfsten Druck an, um die Saat zu beschleunigen, von deren Ausgang bei den geringen Ergebnissen der bisherigen Brotablieferung in großem Maße die Ernährungslage im kommenden Winter abhängig ist.

### Vertilches und Sächsisches

— Roggenbrot-Werbung und Brotgesetz. Am 15. August 1930 ist das vom Reichstag noch kurz vor seiner Auflösung beschlossene Brotgesetz, das eine vermehrte Verwendung von Roggenmehl im Bäckergewerbe zum Ziele hat, in Kraft gesetzt worden. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint das Publikum mit den neuen Brotarten sehr zufrieden zu sein. Es wird Sache der tausenden Hausfrauen bleiben, über die einwandfreie Lieferung eines wohlschmeckenden, beförmlichen und schnittfähigen Roggenbrotes durch ihren Bäcker zu wachen. Fest steht jedenfalls, daß sich nach dem im Gesetz bestimmten Misch- und Ausmahlungsverhältnissen Brotarten herstellen lassen, die in jeder Weise den berechtigten Ansprüchen des brotkaufenden Publikums genügen können. Es gilt also, den Kampf der Aufklärung gegenüber den vermeintlichen Vorzügen des Weizenmischbrotes und der einseitigen Bevorzugung reinen Weizenbrotes und -gebäcks fortzuführen. So hat auch der Preussische Landwirtschaftsminister kürzlich die Regierungspräsidenten erneut ersucht, mit Inkrassheit den Brotgesetz die bereits eingeleitete Roggenbrotwerbung mit größtem Nachdruck fortzusetzen. Mit dem Landwirt hofft jeder nachdenkende Deutsche, daß das Volk wieder zu dem kraftvollen Brot seines Bodens zurückkehren möge, und das künftig nicht mehr ungeheure Millionensummen für überflüssige Weizenimporte ins Ausland wandern.

— Einheitsorganisation der Gastwirtsverbände. Die in Leipzig zusammengetretene, von etwa 600 Delegierten besuchte Hauptversammlung des Deutschen Gastwirtsverbandes beschloß nach eingehender Aussprache die Schaffung einer Einheitsorganisation aller gastgewerblichen Verbände, also den Gastwirte, Hoteliers und Kaffeehausbesitzer.

— Nachtferngespräche mit kleineren Orten. Vom reisenden Publikum, besonders auch von den Geschäftsreisenden, wird oft bedauert, daß es von kleineren Orten aus nicht möglich ist, nach 8 Uhr abends mit größeren Plätzen Ferngespräche zu führen, weil der Dienstschluf an kleineren Orten um 20 Uhr erfolgt. Wie der „Gewerkschaftliche Pressebericht“ von der Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im Gewerkschaftsbund der Angestellten erfährt, bestehen jetzt Möglichkeiten, mit kleineren Orten Nachtferngespräche zu führen. Die Hotels an solchen Plätzen können sich sogenannte Dauernachtverbindungen einrichten lassen, die es ihnen gestatten, die ganze Nacht hindurch sowohl Gespräche aus größeren Städten entgegenzunehmen, wie auch mit diesen bezw. mit einzelnen Teilnehmern verbunden werden zu können. Die Gebühren für die Dauernachtverbindungen

